

Holocaustleugner vor Gericht

PROZESS II Buch mit strafbarem Inhalt

Philippe Hammelmann

Vor Gericht musste sich gestern ein 58-jähriger Mann verantworten, weil er unter anderem in seinem Buch den Holocaust leugnete. Im Frühjahr 2015 hatte der Mann das Buch mit dem Namen „Seit wann fahren Sklaven Auto? Mit neuem Wissen in die Freiheit“ herausgegeben. Dort sollen zahlreiche Passagen abgedruckt worden sein, die gegen das Gesetz verstoßen würden. Dem Mann drohen bis zu zwei Jahre Haft.

LUXEMBURG Der Angeklagte habe in seinem Buch unter anderem die Vernichtungslager der Nazis verharmlost. Der Ermittler erklärte im Zeugenstand, dass der Mann die Konzentrationslager eher als Industriegebiete betrachten würde. Dies ist laut dem luxemburgischen Gesetz verboten. Der Autor schreibt unter anderem, dass nach dem Weltkrieg versucht worden sei, die Geschehnisse schlimmer darzustellen. In großen Buchstaben ist folgender Abschnitt zu lesen: „Abgeschnittene Haare (wegen der Läuse), Haufen an Schuhen und Kleidern (die Gefangenen bekamen Uniformen), Haufen an leeren Kanistern von Zyklon B (zur Desinfektion), Fotos von mageren Gefangenen (die an Typhus

litten), alles Elemente, die uns erschauern lassen und unser Mitgefühl wecken, dies alles sind keine Beweise einer Massenvernichtung durch Gaskammern.“ Ein eindeutiges Zeichen, dass der Mann versucht, den Holocaust zu leugnen. „Bei uns hat er angegeben, dass man die Geschichte anders auffassen müsse. Immer wieder hat der Angeklagte in den Vernehmungen bedauert, dass nur von Vernichtungslagern die Rede sei, nie würde man den industriellen Aspekt erwähnen. Er hat regelrechte Verschwörungstheorien verbreitet“, so der Ermittler. Darüber hinaus bezeichnete der Mann die Holocaustgeschichte als einen „manipulierten perfiden Plan, um den Staat Israel (schneller) errichten und/oder hohe Reparaturzahlungen in Anspruch nehmen zu können“.

Memo Shoa

Der Präsident von „Memo Shoa“, Henri Juda, dessen Mutter selbst in Auschwitz war, forderte als Nebenkläger einen symbolischen Euro. Me François Moyse, Rechtsanwalt für die Vereinigung „Memo Shoa“, beantragte ebenfalls einen symbolischen Euro. Am 23. März wird der Prozess mit den Aussagen des Angeklagten und dessen Verteidigers abgeschlossen.